

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: H. Bebel, Petersstraße 18, F. Ehle, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.

Expedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Das Central-Comitee der streikenden Chemnitzer hat folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter!

Ihr wißt bereits, was die hiesige Arbeitseinstellung für einen Verlauf genommen hat, wißt, daß die Mehrzahl der Streikenden sich in die gestellte Falle hineinlocken ließ und so im entscheidenden Momente den Fabrikanten es ermöglichte, daß sie sich nothdürftig den Geschäftsbetrieb wieder eröffnen konnten.

Jetzt ist eine andere Situation eingetreten. Diejenigen, welche getreulich aushielten, haben größtentheils den hiesigen Ort bereits verlassen und sich außerhalb Sachsens begeben, da sie in Folge der Sächsischen Fabrikanten-Koalition in diesem Lande nirgends Beschäftigung finden. An die 1000 Arbeiter, worunter die Mehrzahl Familienväter sind, befinden sich aber noch in Chemnitz — man kann sagen: es ist die Intelligenz der Maschinenbauer — und wollen getreulich ausharren. Die Fabrikanten haben sich nunmehr verpflichtet, Keinem Condition zu geben. Es soll hierdurch bewirkt werden, daß die Arbeiter in jene Geschäfte, wo sie früher arbeiteten, gehen, um sich anzubetteln; es soll die größte Schmach über sie heraufbeschworen, sie sollen ganz und gar gedemüthigt und durch Hunger gezwungen werden, unter den schändlichsten Bedingungen wieder die Arbeit zu beginnen.

Die Arbeiter aber weisen mit Entrüstung ein solches Anfinnen zurück und wollen unter allen Umständen die Ehre des Arbeitersstandes retten.

### Brüder in Nah und Fern!

Verlaßt also diese Wälder nicht; thut, was in Euren Kräften steht! — Wenn Ihr Eure Opferwilligkeit, welche Ihr bisher an den Tag gelegt habt, und wofür wir Euch zu innigstem Danke verpflichtet sind, auch ferner befehlet, dann kann noch Alles gut werden.

Man ist zur Einsicht gelangt, daß eine strammere Organisation nöthig ist, und ruhig aber entschieden wird jetzt an der Vervollkommnung derselben gearbeitet, um nach vollbrachter Vorbereitung mit desto größerer Energie und mit besseren Kampfmitteln den zweiten Gang zu thun, um so die erhaltene Scharte auszuweichen. Muthlos ist Niemand geworden; man sieht die jegige Situation nur als einen Waffenstillstand an. — Wendet Euch daher von den Chemnitzer Arbeitern nicht ab, sondern fahrt fort, für Unterstützungen zu sorgen; verhindert aber besonders jedweden Fuzug!

Zum Namen aller streikenden Chemnitzer Maschinenbauer und Gießer

das Central-Comitee:

F. Husman, Streller's Restauration (Färberstraße).

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, vorstehenden Aufruf sofort abzudrucken.

### Zu den Hirsch-Dunder'schen Einigungsämtern.

In ihrer Nummer vom 7. Nov. warf die „Volkszeitung“ den Sozialdemokraten Inkonsequenz vor, indem der „Volksstaat“ auf die Hirsch-Dunder'schen Einigungsämter „Schimpfe“ obfchon Bebel auf dem Glauchauer Webertag die Bildung von Schiedsgerichten für wünschenswerth erachtet habe.

Betrachten wir uns daher das Verhältniß der vom Glauchauer Webertage empfohlenen Schiedsgerichte zu den Hirsch-Dunder'schen Einigungsämtern. Das authentische Material zur Prüfung der ersteren befindet sich in dem auszugsreichen stenographischen Bericht über den Webertag, mit dessen Veröffentlichung das Glauchauer Centralcomitee vom Webertag beauftragt worden war. Es heißt in diesem Bericht Seite 43:

„Punkt 5 der Tagesordnung unter A. Die möglichste Verhütung von Streikes. Schiedsgerichte.“ Bebel: Er glaube über die Streikes sehr schnell hinwegkommen zu können, da man in der Versammlung sich über dieselben vollkommen klar sei. Man möge daher einfach beschließen:

„der allgemeine deutsche Webertag empfiehlt allen Fachgenossen, bei Organisation von Streikes mit der größten Vorsicht vorzugehen und unter keinen Umständen eine Arbeitseinstellung vorzunehmen, wenn nicht die Gewißheit vorhanden ist, daß durch genügende Mittel und Unterstützung der Erfolg gesichert ist.“

Bzüglich der Schiedsgerichte schlage er folgende Resolution vor: „Der erste deutsche Webertag erachtet es für wünschenswerth, daß sich Schiedsgerichte bilden, die zu gleichen Theilen aus Arbeitgeber und Arbeitern bestehen, um Differenzen, durch die ein Streike droht, auf gutlichem Wege auszugleichen.“

Harms (Eberfeld): Wenn die Schiedsgerichte aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzt würden, seien die ersteren im Nachtheil, da sie, falls sie andere Ansichten geltend machten als die Unternehmer, fürchten müßten, aus der Arbeit entlassen zu werden.

Walech (Werraue): Wollte man die Schiedsgerichte nur aus Arbeitern bilden, würden die Unternehmer den ersteren einseitiges Vorgehen vorwerfen.

Harms (Eberfeld): Die Schiedsgerichte müßten aus unabhängigen Personen gebildet werden. Er sei durchaus nicht gegen die Resolution, sondern nur dagegen, daß Unternehmer zugelassen würden.

\*) Auf eine seitens der Redaktion des „Volksstaat“ an die „Volkszeitung“ unterm 7. Novbr. brieflich gerichtete Aufforderung, unverzüglich den Nachweis zu führen, wann der „Volksstaat“ auf die Einigungsämter „geschimpft“ habe, ist seitens des „Organs für Jedermann“ bis heute (den 22.) keinlei Antwort erfolgt. Obenwogenig hat sich das Ehrenblatt bemüht, gesund seine Behauptung zur sich zu nehmen. Wir hätten uns unsere Mühe an das Ehrgefühl der „Volkszeitung“ zu appelliren, eigentlich hätte können, und hätten von selber her wissen sollen, daß man auf das die Zell dieses „Zoon politikon“ am vorübersticht.

Hartwich (Glauchau): Er stimme für die Resolution. Nur müsse man auch dahin wirken, daß den Schiedsgerichten eine gewisse Kompetenz eingeräumt würde.

Eberlein (Werraue): Er stimme für die Resolution. Sei dieselbe nicht zweckentsprechend, könne man sie später ja wieder ändern. Krösch (Berlin) empfiehlt die Resolution, da man Mittel ausfindig machen müßte, durch welche der Zwispalt zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht vermehrt würde. Bei den Schiedsgerichten müßten diese beiden Theile vertreten sein, und verweist Redner in dieser Richtung auf die Schiedsgerichte in England.

Bebel: Die Interessen der Kapitalisten und Arbeiter ständen sich gegenüber, und ein vollständiger Ausgleich auf gutlichem Wege sei reine Illusion. Was Harms unter unabhängigen Leuten verstehe, begreife er nicht. Es seien dies allenfalls noch die Rentiers und die höheren Beamten, und vor dieser Sorte möge man sich nur bestens bedenken. (Heiterkeit.)

Scholz (Berlin) verweist darauf, daß bei derartigen Schiedsgerichten Bestechungen seitens der Unternehmer vorkommen würden. Ahlmann (Berlin): Bezüglich der Bestechungen verweise er auf Punkt 6 der Tagesordnung unter A, monach gemäßregelte Arbeiter zu unterstützen seien. Dies sei das beste Gegenmittel gegen Bestechung. (Hier liegt ein Irrthum vor: nicht gegen Bestechung, sondern gegen die von Harms in Aussicht gestellte Entlassung von Arbeitern hob Ahlmann die Unterthürung Gemäßregelte hervor.)

Silberbrandt (Werraue) hält die Schiedsgerichte weder für nützlich noch für schädlich. Krösch hätte die Verweisung auf die Schiedsgerichte in England unterlassen können, dort seien dieselben bei den Arbeitern allgemein in Mißkredit gekommen, und auch in America begehrte man die Schiedsgerichte als den letzten und gefährlichsten Schritt.

Die beiden von Bebel bezüglich der Streikes und der Schiedsgerichte eingebrachten Resolutionen werden nochmals verlesen und endlich von der Versammlung angenommen.

Der Unterschied zwischen den Hirsch-Dunder'schen Einigungsämtern und dem hier empfohlenen Schiedsgericht ist nun folgender: Die Ersteren sollen permanent sein — wenigstens ein Jahr lang — während das Letztere immer nur für einen bestimmten Fall gewählt gedacht wird. Ferner: Das Schiedsgericht soll nur einen Ausgleich versuchen, während das Urtheil der Einigungsämter (nach § 3 der Musterstatuten) bindende Kraft haben soll. Aber woher nehmen und nicht stehlen? Woher wollen sich denn die Einigungsämter das Recht und die Macht, ihren Beschlüssen bindende Kraft zu verleihen, herzaubern? Etwas vom Staat? Der giebt's ihnen nicht, denn die Gewerbeordnung gestattet den Magistraten nur die Einrichtung von Gewerbegerichten, welche lediglich über Rechtsfälle zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu entscheiden haben, nicht aber über Differenzen, die außerhalb der Sphäre des heutigen Gerichts liegen. Da nun der Staat den Einigungsämtern das Recht, über Strite-Differenzen bindend zu entscheiden, nicht verleiht, — womit garantirt uns Herr Hirsch, daß sich die Contrahenten stets an das Urtheil kehren werden, welches die Einigungsämter fällen? Wie will es Herr Hirsch anfangen, wenn es ihm nicht gelingt, durch das Einigungsamt, „allen entstehenden Differenzen ein Ende zu machen“?

Schon durch diesen (§. 1. der Statuten) dem Einigungsamte zu Grunde liegenden Gedanken, nach welchem die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sich durch das Einigungsamt herstellen, ja beinahe sich die soziale Frage lösen lassen soll, müßte die „Volkszeitung“ belehrt sein, 1) daß wir von vorn herein für ihr Institut nicht stimmen können, weil wir von der entgegengegesetzten Grundanschauung, der Disharmonie zwischen Kapital und Arbeit in der heutigen Produktionsweise, ausgehen, und 2) daß folglich das Schiedsgericht des Glauchauer Webertages ein ganz anderes Institut sein müßte, als das Hirsch-Dunder'sche Einigungsamt. Daß ein großer Unterschied zwischen beiden wirklich existirt, zeigt außer den soeben angeführten einander entgegengegesetzten Grundgedanken derselben, die obige Auseinandersetzung über die Verschiedenheit der inneren und äußeren Beschaffenheit der beiden Institute.

Nicht uns also trifft der Vorwurf der Inkonsequenz, weil wir die Einigungsämter bekämpfen, sondern im Gegentheil die „Volkszeitung“, weil sie uns zumüthet, sie nicht zu bekämpfen.

Der „Neue Sozialdemokrat“, welchem die Worte „auf gutlichem Wege“ in der Bebel'schen Resolution ein Stein des Anstoßes sind, folgert aus denselben, daß „Herr Bebel keineswegs ein wirklicher Sozialist“ sei. Selbstverständlich unter schlägt der „Neue Sozialdemokrat“, gerade so wie die „Volkszeitung“, den Lesern die in der Debatte enthaltenen Motivirungen der Resolution durch die Redner, und also auch Bebel's Aeußerung, daß „ein vollständiger Ausgleich auf gutlichem Wege keine Illusion“ sei; er reizt vielmehr die Resolution aus dem Zusammenhange heraus, indem er das Uebrige verschweigt, und paunt dann auf gut Glück darauf los. Mit einem so unehrlichen Gegner, wie der „Neue Sozialdemokrat“, läßt sich überhaupt nicht diskutieren, und wenn wir seine Unredlichkeiten ans Licht ziehen, so thun wir es selbstverständlich nicht, um ihn zu belehren, sondern um unsere Leser über ihn zu orientiren. Daß es in der Resolution heißt: das Schiedsgericht möge „auf gutlichem Wege“ einen Ausgleich versuchen, ist das Natürlichste von der Welt. Wenn ich mit Jemandem unterhandeln will, kann ich nicht mit hochgeballter „Brudersauf“ oder gar dem Töcke-Laster'schen Knäppel vor ihn hintreten, sondern ich muß ihm anständig entgegenkommen; sonst braucht er mich überhaupt nicht anzuhören. — Ein solches Schiedsgericht, wie es vom Glauchauer Webertage empfohlen wurde, ist übrigens

weder Bebel's Erfindung noch die eines andern Segners des „Neuen Sozialdemokrat“, sondern man kennt es schon so lange, als überhaupt die Menschen zivilisirt mit einander verkehren. Jede der streikenden Parteien ernannt ein Komitee aus ihrer Mitte; die gegnerischen Komitees treten dann zu einer Konferenz zusammen, — das ist das Schiedsgericht. So haben es die eignen Leute des „Neuen Sozialdemokrat“ z. B.: die Berliner Maurer und Tischler vor dem offiziellen Ausbruch des Streikes gemacht und so hat man's überall gemacht; erst als dieses „Schiedsgericht“ resultatlos auseinander ging, hat man offen den Strite erklärt. Der „Neue Sozialdemokrat“ hat also mit seiner Polemik gegen die Bebel'sche Resolution bloß leeres Stroh gedroschen.

### Unsere Gegner.

Aus Brüssel vom 13. Nov. schreibt man der „Neuen Preussischen Zeitung“ über die Internationale:

Die Internationale ist jetzt in Belgien thätiger als je; doch macht sie bei weitem mehr Fortschritte unter den Belgen als unter den Bräunlingen. Der Studententongress in Lüttich, wo der (schonliche!) Raoul Rigault, der nachherige Vorstand der pariser Commune, die erste Rolle spielte, war eigentlich die Geburtsstätte der Internationale; indes hat dieselbe in Wirklichkeit erst seit dem Kriege in Belgien größere Ausbreitung erlangt. Jeder muß ich sagen, daß die Ausbreitung der gefährlichen Kommunistenfeste sehr befördert wird durch wahrhaft schreckliche Arbeiterverhältnisse, die zur Schande der Menschheit noch hier vorkommen. In manchen Kohlenbezirken arbeiten Männer, Weiber und Kinder fast oder ganz nackt zusammen. Die Kinder kennen ihre Väter nicht, die Mütter kennen aber auch ihre Kinder nicht, es ist eine Entwürdigung bis unter's Vieh hinab. Wer wundert sich da, daß sich neben der thierischen Stumpfheit auch gottlose, ja rein teuflische Wuth zeigt? Einem Bekannten von mir war es gelungen, einige Arbeiter davon zu überzeugen (?), daß die Internationale mit ihrer ganzen Thätigkeit endlich doch den Arbeitern ganzlich räumen müsse. „Zimmerlein“, brüllte ein Arbeiter, „wir wollen gern zu Grunde gehen, wenn wir nur einen Tag die Gemüthung haben, auf unsern Arbeitgebern, ihren Weibern und Kindern herumtrampeln zu können, so wie sie auf uns herumtrampeln sind seit so vielen Jahren!“ Es ist furchtbar! Und da, wo man sich so an den Arbeitern veründigt hat, wie an einzelnen Drien in Belgien, da muß eine rasche Remedur eintreten, und sollen selbst die auswärtigen Mächte sich einmischen müssen. Die Agitation der Internationale ist im großen und ganzen völlig unberechtigt (!); man darf nicht dulden, daß ihr auch nur eine lokale Berechtigung bleibe. In die belgische Regierung schwach, so muß man ihr zu Hilfe kommen (!).

Diese Korrespondenz ist so recht charakteristisch für die Art und Weise, wie man uns angreift. Daß die Arbeiterzustände in Belgien „wahrhaft schrecklich“ sind, wird zugegeben, daß eine „Remedur“ eintreten müsse, wird ausdrücklich anerkannt, aber trotzdem ist „die Thätigkeit der Internationalen“, die eine gründliche „Remedur“ zum Zweck hat, „im großen und ganzen völlig unberechtigt!“ Mit solchen Gegnern läßt sich nicht argumentiren. Entweder haben sie nicht den Willen, oder nicht die Fähigkeit, zu denken. Wer außer den „Internationalen“ und überhaupt den Sozialisten, fragen wir den betr. Korrespondenten, hat denn bisher an eine „Remedur“ dieser „schrecklichen Arbeiterverhältnisse“ gedacht, die heiläufig im lieben Deutschland gerade so „schrecklich“ sind, wie in Belgien? Wer? Die Bourgeoisie? Die Regierungen? Die Pfaffen? Die Bourgeoisie hat die „schrecklichen Verhältnisse“ geschaffen, die Regierungen haben sie sanktionirt, und die Pfaffen haben den Segen dazu gegeben.

Mag sein, daß dem Herrn Korrespondenten der „Kreuzzeitung“ die sozial-demokratische „Remedur“ nicht gefällt, darum darf er aber nicht einer Partei, welche die von ihm selbst für nothwendig erklärte „Remedur“ anstrebt, die „Berechtigung“ absprechen. Das ist bodenloser Leichtsin, oder gemeine Demunziationsucht.

Was nun endlich den in Aussicht gestellten „frühen frühlichen Krieg“ zur Lösung der „sozialen Frage“ betrifft, so möchten wir den Herrn Korrespondenten darauf aufmerksam machen, daß diese „Remedur“ doch von etwas zweifelhafter Wirkung ist, und gleich dem letzten Krieg, eine „größere Ausbreitung“ der Internationalen zur Folge haben könnte.

Die böse Internationale hat eine so robuste Konstitution! Der Frieden bekommt ihr vortrefflich, und der Krieg scheint ihr nicht minder zuträglich zu sein.

Die Fabrikanten Deutschlands verschwören sich immer allgemeiner gegen die Arbeiter. Jetzt berichten die Blätter aus Frankfurt.

Am 15. d. M. hielten im Saale des „Hotel Union“ Fabrikanten aus Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Offenbach, Köln, Worms, Rannheim, Ludwigshafen, Aschaffenburg, Gannau, Würzburg, Kassel, Zell, Rürnberg, Kattell und Wiesbaden eine Zusammenkunft ab, deren Zweck die Gründung eines mittel-deutschen Arbeitgeberverbandes war. Nach eingehenden Verhandlungen wurde der Zweck erreicht, und verpflichteten sich die Mitglieder des Verbandes, keinen Arbeiter einzustellen, der nicht aus seiner vorhergehenden Stelle einen „ordnungsmäßigen Entlassungschein“ habe.

Die Kapitalmacht organisiert sich. Arbeiter, das muß Euch eine Anspornung zu Eurer Organisation sein!

Die „Egalité“ von Genf erläßt einen abermaligen Aufruf zur Unterstützung der dort zahlreich vorhandenen und zum großen Theil im Elend befindlichen Flüchtlinge der Commune. Wer sich genauer zu informiren wünscht, wende sich an die Redaktion des „Volksstaat.“

Die so viel versprechende Achtstunden-Bewegung hat augenblicklich einen Schlag erlitten, indem die Konvention der daran beteiligten Arbeitervereine beschloß, sich in eine politische Partei zu verwandeln und an der Wahlurne zu kämpfen. Während wir die Wichtigkeit politischer Handlung nicht verkennen, muß doch hervorgehoben werden, daß sich eine Partei nicht aus dem Kermel schütteln läßt, und daß jedes Auftreten als Partei an der Wahlurne nur dann Sinn und Nutzen hat, wenn die Zahlen dafür sprechen. Daß unsere deutschen Parteigenossen oder Andere in Europa den Stimmzettel als Mittel zum Protest mitunter gebrauchen, ist geboten durch die mannichfachen Beschränkungen des Verkehrs und Gedankenaustauschs. Hier ist ein solcher Stimmzettelpotest lächerlich, weil wir öffentlich und privatim unsere Herzensmeinung über all den Schwundel, der da vorgeht, ungehindert aussprechen können und es auch thun. Damit fällt auch die Behauptung, daß es von Nutzen sei, wirkliche Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körpern zu haben. Was Viebtnecht und Bebel der Partei und Sache im Reichstag genügt, wissen wir, aber sie nützen dort eben nur, weil der Partei alle andern Mittel der Veröffentlichung, das Versammlungsrecht u. in Deutschland entweder abgeschnitten oder verflümmert waren, was alles hier nicht der Fall ist. Beweis: unsere große Antikriegsversammlung, unsere Versammlungen zu Gunsten der Kommune, gegen das fälschlich so genannte Friedensfest, die große Achtstundenprozeßion und Massenversammlung u. Ein weiterer Grund gegen das vor-schnelle politische Auftreten dahier, und der wichtigste, ist, daß die Partei dadurch zu Schaden kommt, ja vielleicht gesprengt wird. Ist der Erfolg naturgemäß ein kläglicher, so werden eine große Anzahl einfach denkender Arbeiter müde, sich an der Arbeit zu beteiligen und gehen auch der Organisation verloren. Wird aber ein Arbeiter gewählt, so kann er die großen Hoffnungen, die daran geknüpft waren, nicht erfüllen, oder er unterliegt dem vergiftenden Einfluß der Kapitalwirtschaft, weil er tatsächlich von dem Gehalt eines Gesetzgebers nicht einmal den Aufenthalt in der Hauptstadt bestreiten, geschweige denn eine Familie ernähren kann. Und das wirkt demoralisierend auf die Arbeiter in den Vereinen. Vor Allem aber gehört zu Parteihandlungen eine Parteiorganisation, d. h. eine bis zu einem gewissen Grade ausgebildete, vervollkommnete Vereinigung der Parteimitglieder zu bestimmten Zwecken, und damit verbunden, eine nicht zu lockere Parteidisziplin. Daß diese augenblicklich nicht vorhanden, wird Niemand leugnen wollen, also ist Frisco und Schädigung der Partei gewiß. — Theoretisch ist es, das Beispiel europäischer Länder als für uns Amerikaner maßgebend aufzustellen. Der Unterschied in den Zuständen und Bedingungen ist himmelweit. Nirgends in Europa ist der Kampf des Proletariats rein und einzig gegen die Bourgeoisie gerichtet, denn die wirtschaftlichen Zustände sind überall verzwickelt und verquilt mit einer Masse alter feudaler, hierarchischer und monarchischer Ueberreste, und das Proletariat muß nothgedrungen Hand an's Werk legen, um den alten Schutt wegzuräumen und reine Bahn zu machen. Hier aber herrscht die reine, unverhüllte, nackte Bourgeoisie. Darum die veränderte Kampfweise. —

In Massa chusetts fand kürzlich die Konvention (Landesversammlung) der dortigen Arbeiterpartei statt. Da Butler trotz seiner Anstrengungen von dem republikanischen Partei kurz vorher über Bord geworfen war, so ließ ihn auch die Arbeiterpartei fallen und stellte eigne Kandidaten aus ihrer Mitte auf. Wendell Phillips, der berühmte Redner, führte den Vorstz und hielt eine begeisterte Rede auf die Kommune und die Internationale. Die Beschlüsse der Konvention, an welcher auch eine Anzahl Frauen als Abgeordnete theilnahmen, betrafen einen wesentlichen Fortschritt. Bzogen, in der Einleitung, heißt es: „Wir stellen als obersten Grundsatz auf, daß die Arbeit, die Erzeugerin des Reichthums, berechtigt ist zu Allem, was sie erzeugt.“ Und der erste Beschluß lautet: „Wir erklären Krieg dem Lohnsystem (der Lohnarbeit).“ Wenn sie auch noch nicht die nothwendigen Folgerungen daraus ziehen, so wird die Gewalt der Umstände es schon dahin bringen. —

Die Minenarbeiter Pennsylvaniens haben ihre Wahlkämpfe geschlagen und natürlich dieses Mal verloren. Doch haben sie eine staunenswerthe Stimmenzahl erlangt, staunenswerth, weil sie zum ersten Male in's Feld rückten und mit vielen Hindernissen zu kämpfen hatten. Daran war nicht das Geringste; man höre: der Vorwurf ihrer Verbindung mit den Internationalen und der Kommune. Zwar ist der Vorwurf durchaus unbegründet, indessen war es ein eigentümliches Schauspiel, diese Herren Führer, Redner und Schreiber sich winden zu sehen unter der Bürde der Kommune und der Internationalen, und ganz sonderbare Stellungen zeigten sich dabei. Es ist in dortiger Gegend nämlich ein starkes Kontingent katholischer Irländer, denen die Kommune in den schwärzesten Farben gemalt worden ist wegen der Hinrichtung der Heiligen, und die dortigen Arbeiterorgane haben trotz aller Aufforderungen die Adressen u. des Generalraths und des hiesigen Centralkomitees nicht veröffentlicht, und so ernten sie jetzt den Lohn ihrer Halbheit. —

Den Arbeitern in Kalifornien brennt das Feuer auf die Nügel in Gestalt der Chinesen, welche dort Alles über-wuchern, eine große Anzahl von Gewerben bereits in Beschlag genommen haben und immer mehr an sich reißen, so daß in verschiedenen Gewerken schon kein einziger kaukasischer Arbeiter mehr dort gefunden wird. Die Erkenntniß hat dort noch nicht Platz genug gegriffen, daß man das Unkraut nicht beschneiden, sondern ausrotten muß, daß man das Uebel nicht mit Pfäfferschen verdecken, sondern an der Wurzel angreifen muß, daß man sich nicht gegen die Werkzeuge, sondern gegen die Urheber — das numerirte Kapital — wenden muß; und so versuchen's die Kalifornier, einstweilen mit — Petitionen an den Kongress. —

\*) Wir können hier mit unserem Freund nicht ganz übereinstimmen, und würden es entschieden für sehr vortheilhaft halten, wenn im amerikanischen Kongress, wenn auch nach so vereinzelte Arbeiter-Vertreter, wohl-gemeint wirkliche Arbeiter-Vertreter, sich befänden. Allerdings ist dies ohne Organisation nicht zu erreichen.  
H. b. B.  
\*\*) Nach einem vor einigen Tagen eingetroffenen Telegramm auch mit dem väterlichen Knäuel, verfehlt durch Revolver. Eine Menge Chinesen sind massacrirt worden.

Nachschrift. Oben sprach ich von dem „Siebziger-Komitee“ der Stadt Newyork. Eben lese ich den Bericht einer Zusammenkunft der Siebziger mit dem Gouverneur des Staats Newyork und die folgenden Stellen der Rede ihres Sprechers sind bemerkenswerth: „... Die an den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Leute werden außer Arbeit kommen, weil kein Geld zu ihrer Bezahlung zu erlangen ist (?) ... Wir verlangen ferner, daß eine Militärmacht in Bereitschaft gehalten werde, um jeden Aufruhr zu unterdrücken!“ Der Gouverneur antwortete unter Anderem: „Ich bemerke nicht, daß man etwas Bestimmtes fordert, außer einer Militärmacht. Vollständige Vorbereitungen zu diesem Zwecke werden getroffen werden.“ Es seien den Herrschaften nicht geheimer, daß die Arbeiter schon wiederholt an die städtischen Bureaux marschirten, um ihren sauer verdienten Lohn zu verlangen.

In Chicago haben sich die beiden alten bürgerlichen Parteien brüderlich umarmt, und die Vertheilung der öffentlichen Ämter, der Kruppen, unter sich in schönster Harmonie abgemacht. —

Dem Central-Komitee der Internationalen Arbeiter-Assoziation dahier sind folgende:

Eine neue deutsche Sektion (21) von Williamburgh, Delegirter J. Kaiser;

Eine neue französische Sektion (22) in Newyork, Delegirter Christener;

Eine neue amerikanische Sektion (23) von Washington, Delegirter

Eine neue irische Sektion (24) von Newyork, Delegirter Nicholson.

Neue Sektionen sind in der Bildung begriffen, besonders in Philadelphia, von wo aus dem „Volkstaat“ wahrscheinlich nächstens Berichte zu gehen werden. — Sektion 12 (amerikanisch, Newyork) hatte im September einen Aufruf an die „Englisch Sprechenden Bürger“ veröffentlicht, der die Ziele und Statuten der Internationalen eigentümlich auslegt und weder einer einzelnen Sektion, noch dem Controlkomitee unterbreitet worden war. Dagegen haben verschiedene Sektionen Verwahrung eingelegt und wird die Angelegenheit, die Anlaß zu scharfen Debatten gegeben, nächstens zum Austrag kommen. — Ein Aufruf an die „Amerikanischen Arbeiter“, von Section 1 (dem Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Verein) vorgelegt, unterliegt jetzt der Berathung der Sektionen, um dann veröffentlicht zu werden. —

Der saubere Korrespondent der „Ölnischen“, dessen Nachwert über die „Internationale in den Vereinigten Staaten“ der „Volkstaat“ neulich abgedruckt, ist in einem Artikel der „Neuen Zeit“ genähend gekennzeichnet worden.\*) Ueber seinem Freund Kapp enthält das anliegende „Eingefandt“ eines hiesigen Blattes ganz nette Aufschlüsse und ist ihm besonders von seinen alten Freunden und Kumpanen dahier kürzlich arg mitgespielt worden. Der Name des „Volkstaat“ ist indessen zu kostbar, um an diesen Versuchen verschwendet zu werden. —

**Aus der Schweiz.**

Zürich, 23. Okt. Die Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse in der Schweiz wird ohne Zweifel täglich mehr geiziget, ein hohes Interesse in Anspruch zu nehmen. Auch in diesem Lande beginnt die Arbeiterbewegung immer allgemeiner und intensiver und damit zielbewußter und radikaler aufzutreten, wenn sie auch aus Gründen, auf deren Erörterung wir vor Allem einzutreten werden, bis jetzt noch keineswegs jenen imposanten Massenschritt eingeschlagen hat, der die Bewegung in anderen Ländern auszeichnet. Immerhin erregt auch diese ruhigere Entwicklung der Bewegung in der Schweiz die allgemeine bekannte Erscheinung, daß dadurch schimpfende Parteien und Zustände demaskirt werden, und so wird denn auch der bloß formale Republikanismus der Bourgeoisie in der Schweiz immer häufiger in höchst ärgerliche Zwischfälle getrieben, aus denen herauszukommen er selbst politische Wodspinnre der postfiskalischen Art machen muß, wie sich vor kurzem Zeit in St. Gallen und neuerlich auch in Basel gezeigt hat. Wenn ich das Interesse, welches die Entwicklung der Dinge speziell in unserem Schweizerlande gewährt, ein eigentümliches nenne, so geschieht es, weil ich der Ansicht bin, daß die Bedeutung der Arbeiterbewegung in dieser, lediglich auf die Vergangenheit begründeten „Republik“, und ihre spezielle Aufgabe in der europäischen Gesamtentwicklung ganz verschieden von der Bedeutung und Aufgabe der gleichen Vorgänge in den umgebenden Monarchien aufzufassen werden muß.

Wo die Reaktion am größten, ist die Revolution am nächsten! Der in diesen Monarchien selbstverständliche Zentralismus der Säbel- und Kapitalmacht, die Bevölkerungszunahmen der großen Residenz- und Fabriksstädte und viele andere Umstände bringen es mit sich, daß diese letzteren Länder vorläufig noch immer einen völlig diktatorischen Einfluß auf den Verlauf der Kulturgeschichte, nach jeder Richtung hin, ausüben werden; d. h. diese großen nationalen Massen im bismarckischen Deutschland, in Oesterreich, Frankreich und Italien, welche die Schweiz umschließen, werden auch für die nächste Zukunft nicht los im Kontraste der europäischen Reaktion, sondern auch in dem der europäischen Revolution immer den leitenden Ton und Takt anzugeben haben.

Wir haben hier die interessante Beobachtung der Reizzeit zu registriren, daß erst in Verbindung mit politischem Druck der ökonomische Druck eine eigentlich revolutionäre Wirkung auf das leidende Volk zu äußern im Stande ist. Dies hat einen zweifachen, einen inneren und einen äußeren Grund: für's Erste zeigt sich unverkennbar, daß die brutale Verdröhnung des in der einfachen Naturanschauung des schlichten Menschen begründeten Rechtes der freien Meinungsäußerung, des Rechtes sich zu versammeln und zu vereinigen, in der Militär- und Polizeiwirtschaft — und zwar je mehr die geistigen Fortschritte unserer Zeit ihre zerstörende Wirkung auf den ganzen Dufte religiöser und sozialer Vorurtheile üben — den heiligen Lohn des Volkes viel eher wahrzunehmen im Stande ist, als die allmählig in der dringenden Produktionsweise entstandene und mit derselben langsam fortschreitende Entwürdigung, Verarmung und Ermordung durch die moderne Sklaverei, welche von den Herrgottspsaffen als „göttliche Schickung“ und von den Kapitalpaffen in Zeitungen und Schwundelvereinen als „harmonisches“ und unabänderliches „Naturgesetz“ dargestellt und von den im Glend stumpsinnig gewordenen Massen mit verzweifelnder Resignation hingenommen wird. Besonders in Deutschland ist deshalb nach meiner Ansicht die weitere Ausbildung des politischen Druckes, zu dem jeder Militär- und Polizeistaat unweibersächlich genöthigt wird, nur im Interesse der Revolution. — Andererseits aber ist auch eine eigentliche Revolution, wenn man darunter selbst nicht bloß eine „gewaltsame“, sondern überhaupt eine „plöbliche“ Umwandlung der Dinge versteht, ganz allein bloß in einem Lande möglich, wo die natürliche Fortentwicklung durch die freie Geltendmachung aller Meinungen und damit die friedliche Verwirklichung von Reformen unterdrückt wird. Durchgreifende Reformen, welche eine Revolution zu erzeugen im Stande wären, sind einem Lande, wo nicht absolute Rede-, Vereins- und Versammlungsfreiheit herrscht, selbst dann unmöglich, wenn man das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, ja so-

gar das unendlich werthvollere Recht der direkten Volksgesetzgebung, unverflümmert eingeführt hätte. Wo hingegen alle diese Rechte in ihrer Zusammengehörigkeit und noch überdies verbunden mit vollständiger Communalfreiheit unantastbar existiren, — wie dies hier in der Schweiz, wenigstens in den kantonen und besonders im Kanton Zürich der Fall ist, — da bietet das freie Wahlrecht, und noch mehr die direkte Volksgesetzgebung, das friedliche Aequivalent zur Erlämpfung aller sozialen Ziele, zur Herstellung des allen menschenwürdigen Volkstaats. Kurz: In den großen Monarchien ist jede durchgreifende Reform unbedenkbar und die Bewegung hat dort naturgemäß einen revolutionären Charakter; hier aber, in der „blauen“ Republik ist eine (eigentliche) Revolution ganz unmöglich, und hier hat deshalb die Bewegung einen durchaus reformatorischen Charakter, der von unserer Partei in allen anderen Ländern Europa's als höchst lehrreich mit größter Aufmerksamkeit als bisher beobachtet werden sollte.

Allerdings ist dabei das Fortschreiten der Agitation — mit Ausnahme der romanischen Schweiz und besonders von Genf — vielleicht ein etwas langweiliges zu nennen; doch laugen in neuerer Zeit allenthalben die Punkte auf, die zu den besten Hoffnungen berechtigen. Die Umstände, welche bis jetzt noch verhindern konnten, daß die Sozialdemokratie in der Schweiz zu einer Stellung gelangte, die sie anderwärts unter den Auspizien der politischen Freiheit längst erobert haben würde, sind indessen so verschiedenartiger und eigentümlicher Natur, daß für die Leser des „Volkstaat“ eine nähere Darlegung derselben, die ich in meinem zweiten Briefe geben werde, gewiß nicht ohne Interesse sein wird.

Außerdem werde ich dem „Volkstaat“ nächstens auch eingehend über die spezielle Bewegung, welche unter den schweizerischen Arbeitern anlässlich der bevorstehenden Bundesrevision entstanden ist, berichten.

Der „Volkstaat“ hat in einer seiner letzten Nummern als Beweis, wie weit die Sozialdemokratie bereits auch in der Schweiz an Ausdehnung gewinne, das Programm mitgeteilt, welches das Centralkomitee des über die ganze Schweiz verbreiteten Gräulichkeitsvereins (eines national-schweizerischen Bildungsvereins) aufgestellt hat, um am vergangenen 15. Oktober in allen Hauptorten der ganzen Schweiz allgemeinen Arbeiterversammlungen als Forderungen des schweizerischen Arbeiterstandes zur bevorstehenden Revision der Bundesverfassung vorgelegt zu werden. Auf diese Mittheilung des „Volkstaat“ hin wird es nun seine Leser um so mehr interessieren, zu erfahren, daß das erwähnte Programm bei allen diesen, zum Theil unter unangenehmlicher Theilnahme der schweizerischen Volksgesandten „Kreisversammlungen“ nicht nur vollständig angenommen, sondern, soweit bis jetzt bekannt, wenigstens in zwei namhaften Orten, nämlich in Zürich und in Delesberg (Delemont), eine ganz radikale Erweiterung und Verbesserung, eine vollständig sozial-demokratische Forderung, erhalten hat. Die Zürcher Kreisversammlung von ca. 300 Mann ergänzte und berichtete die Programm-Vorschläge des Gräulichkeitsvereins-Zentralkomitees fast durchaus nach dem Programm, das der Internationale Arbeiterverein Zürich im vergangenen Sommer für den beabsichtigten schweizerischen Arbeiterkongress als Vorlage zur Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Schweiz ausgearbeitet, und in unserem hiesigen Organ, der „Tagewacht“ veröffentlicht hatte. In Delesberg geschah das Gleiche von der (nach gegnerischen Blättern) von über 600 Bürgern besuchten Kreisversammlung in allen wesentlichen Punkten, ja zum Theil noch mit noch weitergehenden Verbesserungen. Hierbei ist überdies zu bemerken, daß das Haupthinderniß einer kräftigen Agitation in den meisten Orten bis jetzt noch in dem Mangel an heiligen Schweizerrednern besteht, sowie daß in Zürich sogar von den wenigen schweizerischen Parteigenossen, auf die man für ein sozial-demokratisches Eingreifen in die Diskussion zählen durfte, die Guten ganz fern blieben, während ein paar Andere nur mit etwas zögerlichem Parteilast auftraten und so die ganze Arbeit den beiden Parteigenossen Kantonsrat Karl Bärli und J. Steinhilber (Schiffahrer der Versammlung) überlassen wurde. Wie viel erfreuliches Verhältniß für die Prinzipien der Sozialdemokratie dementsprechend in diesen beiden Versammlungen zu Tage getreten ist, beweist die Fassung des Programms, wie sie von der Zürcher Kreisversammlung angenommen worden ist, und binnen weniger Jahre wiederholt schon das Augenmerk aller denkenden Arbeiter in der ganzen Schweiz geworden wäre, wenn inzwischen auch in diesem Lande eine planmäßigere, einheitlichere und organisatorische Parteitätigkeit Platz gefaßt würde.\*\*) Das Bedürfniß, eine solche allein entsprechende Parteitätigkeit zu ermöglichen, wird wohl von allen Parteigenossen in der Schweiz tief empfunden und werden bereits von verschiedenen Seiten Anstrengungen gemacht, um dieses Ziel zu erreichen. Indem ich mir vorbehalte, nächstens auch auf diesen Punkt näher zurückzukommen, bemerke ich vorläufig, daß der Internationale Arbeiterverein Zürich in seiner letzten Sitzung erklärt hat, es sei die Gründung einer schweizerischen Confederation der Internationalen Arbeiterassoziation nothwendig, jedoch weitere Schritte noch auf 4 Wochen schieben, da bei der Genfer Arbeiter-Kreisversammlung vom 15. Oktober die Gründung einer sich über die ganze Schweiz erstreckenden Arbeitervereinigung zur

\*) Nachfolgend füge ich den Wortlaut des Bundesrevisionsprogramms, wie es aus der Zürcher und ähnlich aus der Delesberger „Radikalt“ hervorgegangen ist, bei, und zwar mit der Bemerkung, daß die Abänderungen und Zusätze (um die es sich hier, nachdem der „Volkstaat“ bereits die ursprünglichen Vorschläge des Gräulichkeitsvereins Centralkomitees mitgeteilt hat, besonders handelt) mit gesperrter Schrift gedruckt sind:

1) Das unverflümmerte, eigenössliche Volksabstimmungsrecht (Referendum) und das Vorschlagsrecht des Volkes (Initiative) durch 20,000 Stimmberechtigte. Abschaffung des Ständerathes und des Ständevotums. Wahl des Bundesrathes durch das Volk.

2) Ein allgemeines Schweizerbürgerrecht in dem Sinne, daß jeder Schweizerbürger in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten stimm- und wahlfähig sei.

3) Uebernahme der Armenpflege durch die Einwohnergemeinde; der Staat hat die Verhältnisse ausgleichend zu ordnen.

Ebenso Uebernahme der Form und Substanz über Nieder-gelassene durch den Niederlassungsort.

4) Eine Ehegesetzgebung in dem Sinne, daß das Recht zur Eheschließung vom Glaubensbekenntniß, sowie von der ökonomischen Stellung unabhängig und die Civilehe als obligatorisch erklärt wird.

5) Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

6) Ein einheitliches Civil- und Strafrecht. Abschaffung der Todes- und Kettenstrafe.

7) Uebernahme des gesamten Erziehungswesens durch den Bund im Sinne obligatorischen und unentgeltlichen Primar- und Sekundar-Schulunterrichts. Stipendien für fähige Unbemittelte, welche mittlere und höhere Lehraufgaben besorgen wollen.

8) Uebernahme des gesamten Militärwesens durch den Bund. Wahl der oberen Grade durch die unteren, verbunden mit obligatorischem Examen vor Eintritt des Grades.

Im Weiteren verlangen wir:

I. Errichtung eigenösslicher Handwerkerämter.

II. Ein schweizerisches Arbeiter- und Gewerbegesetz mit besonderer Berücksichtigung des Fabrikwesens und Einföhrung der Fachgerichte. Einföhrung eines Normalarbeitstages für die industriellen Arbeiter.

III. Staatskredit für Genossenschaften mit solidarischer Haftbarkeit, dazu Errichtung einer schweizerischen Nationalbank mit Banknotenmonopol.

IV. Abschaffung aller indirekten Steuern auf Rohmaterialien. Einföhrung des Ohmgeldes. Dagegen Einföhrung direkter eigenösslicher Steuern, besonders einer progressiven Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuer.

V. Rückkauf und Betrieb der Eisenbahnen durch den Bund.

VI. Ein eigenössliches Forstgesetz.

VII. Organisation des Auswanderungs- und Kolonisationswesens durch den Bund.

VIII. Patentschutz für Erfindungen.

\*) Als russischer Spion, der darauf reflektirt, auch für Bismarck-Stieber patriotische Spiebeldienste zu thun.  
\*\*) Wir werden das „Eingefandt“ doch abdrucken. Man darf diesem „honneten“ Volk nichts schenken.

politischen Agitation — jedoch, wie von dieser Seite allerdings doppelt befehlen müßte — mit nationaler Abfindung beschlossen worden sein soll und Räuber hierüber abgewartet werden muß.

Manche Kinderkrankheiten hat die Partei im Schweizerlande noch durchzumachen, mehr als man „draußen“ vermutet, aber die naturnotwendige, unüberwindliche Kraft der internationalen Arbeiterbewegung sichert ihr auch hier eine segensreiche Zukunft.

**Zwickau, 15. Novbr.** Nachstehendes Schriftstück, das einen deutlichen Beweis dafür liefert, daß die Arbeiter außerhalb des Gesetzes stehen, dürfte für die Leser des „Volkshaar“ interessant sein.

„Beschluss, 10. November 1871.  
In Erwägung, daß die für morgen den 11. d. Mts. angezeigte, mit der für gestern beabsichtigt gewesenen Volksversammlung ohne Zweifel im engsten Zusammenhange stehende Arbeiter-Versammlung nach den angestellten Erörterungen im Wesentlichen von dem Tischlergehilfen Hugo Engelhardt und dem Buchbindergehilfen Adolph Uble veranstaltet ist, (die Versammlungsanzeige war unterschrieben von Engelhardt, Dogauer und Hofmann, und Uble hatte es übernommen, diese Anzeige der Behörde zu übermitteln. Ann. d. Einfl.),

in Erwägung ferner, daß nach dem, was über die Persönlichkeit der oben Genannten bekannt ist, die Annahme begründet erscheint, daß dieselben die neuerdings angezeigte Versammlung, obwohl sie als deren Zweck ganz im Allgemeinen nur eine Besprechung über den Normalarbeitslohn bezweckt haben, in der Hauptache zur Verbreitung der in ihrem Endzweck gegen die derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung und mitin auch gegen die diesfalls bestehenden Gesetze gerichteten Tendenzen\*) der sozial-demokratischen Partei unter der Führung der Arbeiterbevölkerung in der den Agitatoren dieser Partei und insbesondere auch dem Mitinhaber der Versammlung Engelhardt eigenen, die Stimmung der Arbeiter gegen die Arbeitgeber und alle außerhalb des Gesetzes der Ersten lebenden Klassen der Gesellschaft überhaupt aufreizenden Weise zu benutzen und wie aus den obgedachten Erörterungen (aus welchen Erörterungen denn? Was jetzt haben Sie nur behauptet und vernünft, aber keineswegs etwas erwirkt. Ann. d. Einfl.) genügend hervorgeht, hierbei an geeigneten Stellen ihres Vortrages die für die gefristete Versammlung bestimmten, von der Behörde beanstandeten Punkte der Tagesordnung mit in Anregung zu bringen beabsichtigen;

in weiterer Erwägung, daß durch das erwähnte Verfahren jener Agitatoren das Interesse und Wohl der Arbeiter nicht sowohl gefördert, als vielmehr geschädigt werden muß, (es ist rührend, wie besorgt Herr Stadtrat Urban, um das Wohl der Arbeiter sind, es erinnert mich dies an die Liebe, die der Fuchs für die Gans empfindet. Ann. d. Einfl.);

in Erwägung endlich, daß es, nachdem gegenwärtig durch die unablässigen Bemühungen der Führer und Agitatoren der sozial-demokratischen Partei die destruktiven Tendenzen der letzteren in den Arbeiterkreisen mehr und mehr Verbreitung gefunden haben (macht Ihnen das Kopfschmerzen, Herr Stadtrat? Ann. d. Einfl.) geboten erscheint, dem Treiben jener Agitatoren durch möglichst wirksame Beschränkung des Auftritts derselben entgegenzutreten (möglichste Verhinderung? und um das zu erreichen, überlassen Sie selbst das Gesetz! Und doch wird es Ihnen nicht gelingen, das dürfte Ihnen am 11. d. Mts. Abend klar geworden sein! Ann. d. Einfl.), insbesondere dann, wenn sie, wie dies bei Engelhardt der Fall ist, ohne jedes tieferes Verständnis für die soziale Frage, (Sie machen hier gegen Engelhardt den Schulmeister, aber das Verbieten der für den 9. d. Mts. beabsichtigten und hier genannten Versammlung zeigt, daß Sie nichts von der sozialen Frage verstehen, denn durch diese Gesetzesübertrugungen beschuldern Sie in den Herzen der Arbeiter den Haß und die Verachtung gegen die Beständigen hierauf! Gegen welches Vorgehen, geschähe dies von Sozialdemokraten, die Staatsanwaltschaft klagen würden würde. Ann. d. Einfl.) als Frucht des Studiums derselben lediglich den blinden Haß gegen die zur Zeit bestehenden Arbeitsverhältnisse und alle hierauf bezüglichen Einrichtungen und gesetzlichen Bestimmungen davon getragen haben,

in Erwägung alles dessen beabsichtigt man, die im Eingange gedachte, für morgen angekündigte Arbeiter-Versammlung auf Grund § 5\*\* und § 12\*\*\* des Gesetzes „das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend“ vom 22. Novbr. 1850 zu verbieten.

Der Rath der Stadt Zwickau.  
Urban, Stadtrat.“

**Wichtig.** In der zweiten Bürgerkasselle schlug der Lehrer Wirzb einen Knaben der Witwe Thakeman von 6 1/2 Jahren vor, daß der ganze Rücken mit Blut unterlaufen ist, und zwar steht die Wunde Stelle so aus, als hätte man mit einer Strohgelte gestrichelt. Sogar die innere Theile des rechten Ohrs zeigen Spuren von furchtbaren Fiebern mit einem Rostfleck; man sollte kaum glauben, daß diese Erkrankung von einem Lehrer, einem Mann, der doch Bildung besitzen soll, verübt sein kann. Dieser Mann muß gar nicht wissen, wenn er das Kind fragt, warum ihm seine Schwäger nicht lesen lehre, daß letztere ein kleines Kind noch unter ihrer Obhut hat und der Mutter unter die Arme greifen muß, denn der Vater ist vor einem Jahre gestorben. Die arme Mutter des gehinthaubellen Knaben hat 5 unergogene Kinder. Aus Wunde in Wespenthalen berichtet der „Volkshaar“ über einen Fortschritt der sozialistischen Bewegung: Durch die ungeheure Konkurrenz von den Fabriken hier am Orte getrieben, würde die hiesige größte Firma; Steinmeister und Wellensiedel veranlaßt, vor etwa 14 Tagen eine Lohnerhöhung von 15—20 Sgr. pr. Rille Cigarren zu gewähren. Diesem Beispiel mußten nun alle übrigen Fabriken, um Arbeiter zu behalten, sofort nachkommen. Nun erscheint mit einem Mal ein Circular auf allen Fabriken mit Ausnahme der obigen Firma, welches uns auffordert, jetzt den Fabrikanten zu beweisen, daß wir nun glückliche Menschen seien, und ihnen zu erklären, daß wir mit diesem Lohne vollständig zufrieden seien, da die Fabrikanten wollten sie nicht zu Grunde gehen, unmöglich mehr geben könnten. Ferner wollte der Verfasser des Circulars uns abhalten, bei obiger Firma in Arbeit zu treten, da dieses zu unserem Verderben sein würde. Obgleich als Verfasser dieser Schrift der Name eines alten ergrauten Cigarren-Arbeiters stand, so haben doch alle hiesigen Kollegen sofort ein, daß dieses ein Spiel der Fabrikanten sei und erlegten sich hiermit nicht unterstanden. Am nämlichen Tage wurde

\*) Ganz recht, Hr. Urban. Wir sind „gegen die derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ und „mithin“, wie Sie scharfsinnig folgern, sind auch unsere Tendenzen „gegen die diesfalls bestehenden Gesetze gerichtet“ — aber seit wann ist das ungesetzlich? Haben Sie nie das „Reichsgesetz“ und Verordnungsblatt gelesen, und darin Gesetze und Verordnungen gefunden, durch die ältere Gesetze und Verordnungen aufgehoben oder modifizirt wurden? Sind solche Gesetze und Verordnungen deshalb ungesetzlich? Haben Sie nie von der neuen Gewerbeordnung gehört? Modifizirte dieselbe nicht die „gesellschaftliche Ordnung“? Kennen Sie nicht die Reichsverfassung? Modifizirte dieselbe nicht die „staatliche Ordnung“? Was thun denn die Abgeordneten auf dem Land- und Reichstag? Helfen sie nicht, die „derzeitige staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ modifiziren, zu Deutsch abändern? Begreifen Sie denn nicht, Hr. Urban, daß die ganze geschichtliche Entwicklung, seit es eine Geschichte giebt, eine beständige, ununterbrochene Abänderung der „staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ ist? Daß die „staatliche und gesellschaftliche Ordnung“ sich also in fortwährendem Wechsel befindet, und daß ohne diesen Wechsel kein Fortschritt und keine Geschichte denkbar wäre? Sie wissen das, Herr Urban? Gut, dann schreiben Sie keinen derartigen Unsinn. Sie wissen es nicht? Nun, dann lesen Sie Ihre Nase in's erste beste Schulbuch, und lernen Sie etwas! Das Sprichwort sagt zwar, wenn Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand, und wir wollen den Ihrigen nicht beweisen, aber es sagt nicht, daß, wer ein Amt hat, nichts zu wissen brauche.

\*\*) § 5 lautet: „Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzerörterungen oder unsittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, sind verboten.“

\*) § 12 lautet: „Bei dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit können Versammlungen, sowie öffentliche Auf- und Umzüge verboten werden.“

\*) Ueber den Normalarbeitslohn zu sprechen birgt, nach Herrn Stadtrat Urban, dringende Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit in sich. Ann. d. Einfl.

man von dem Verfasser des genannten Circulars eine Versammlung einberufen. Möchte nun der Einberufer der Versammlung die Stimmung als für ihn nicht günstig erkannt haben, oder war die am folgenden Tage Morgens gegen 12 Uhr erfolgte Zusammenkunft der Fabrikanten schuld, kurz, die anberaumte Versammlung wurde gegen 1 Uhr Mittags plötzlich durch öffentliche Bekanntmachung wieder aufgehoben. Nichts desto weniger kamen am selbigen Abend ungefähr 70—80 Cigarren-Arbeiter im Versammlungs-Kolale zusammen, um sich über die Ereignisse der letzten Tage zu besprechen. Hier erklärten sie sich mit Alle gegen die Ansicht des Circular-Schreibers, welcher nicht erschienen war. Ich benutzte die Stimmung und erklärte den Versammelten die Wirkung der freien Konkurrenz, das ehehne Monopolgesetz u. s. w., machte sie auf den Allgemeinen Tabak- und Cigarren-Arbeiter-Verein aufmerksam, und forderte sie zur Gründung einer Mitgliedschaft des Allgemeinen Cigarren-Arbeiter-Vereins auf. In einer weiteren Versammlung, in welcher Parteigenossen Heibrich und Bahle (Bielefeld) erschienen waren, beschloß man, sich dem Allgemeinen Cigarren-Arbeiter-Verein anzuschließen und ferner folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die heutigen Lohnverhältnisse noch nicht der Art sind, daß sie dem Arbeiter den rechtmäßigen Ertrag seiner Arbeit liefern, kann die Versammlung mit den hiesigen Lohnverhältnissen noch nicht zufrieden sein;

„In Erwägung, daß die hier herrschenden Fabrikordnungen den Arbeiter-Interessen schädlich sind, verlangt die Versammlung, daß die Herren Fabrikanten die Fabrik-Ordnungen verbessern\*); die hauptsächlichsten Mängel sind: 1) vierwöchentliche (!) Lohnauszahlung; 2) Verweigerung der Fenster mit Harz; 3) das Feueranmachen in den Erdenzimmern durch die Cigarren-Arbeiter; 4) Zahlung von Anfechtungsgeldern; 5) unangenehme Zurechtung; 6) Säg- und Probe-Arbeit; 7) überhäuftes Anlernen von Lehrlingen und Widelmachern; 8) überhäuftes Frauen- und Kinder-Arbeit; 9) Vorhaben der Fabrikanten, sich gegenseitig zu vereinigen, um von einem Anderen keine Arbeiter anzunehmen — vor Allem bald abschaffen.“

Die in dem Briefe erwähnte Aufbesserung der Löhne durch die Herren Steinmeister und Wellensiedel hat folgenden Schmerzensschrei der anderen Bündener Cigarrenfabrikanten hervorgerufen, den sie im Bielefelder „Wächter“, Organ der Liberalen, abgelagert haben.

„Strife von oben!  
Wemgleich am hiesigen Orte ein Arbeiterfrife trotz aller Aufmunterungen von außerhalb nie zum Ausbruche gekommen ist, so haben doch diese fremden Einflüsse nicht unmerklich zur Erhöhung der Lohnsätze beigetragen. Der Mangel an Arbeitskräften, der stötte Abzug der Fabrikate und das hieraus entstandene Streben der Fabrikanten, die Arbeiter der Konkurrenz an sich zu ziehen, führten denn auch die Löhne in kurzer Zeit zu einer Höhe, die dem Arbeiter nicht nur ein gutes Auskommen sicherten, sondern ihn auch in den Stand setzten, monatlich einige Thaler zuzuschlagen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter war somit ein durchaus wünschenswerthes (!) und normales (!) Jetzt nun haben die Herren Steinmeister und Wellensiedel hier, wahrscheinlich um die miserablen Konkurrenz nicht aufkommen zu lassen, die Löhne abermals um 15 Sgr. per Rille erhöht! Die Annahme, hierdurch eine bedeutende Anzahl Arbeiter aus anderen hiesigen Fabriken heranzuziehen, dürfte sich aber wohl nicht bestätigen, da sämtliche andere Fabrikanten selbstredend folgen werden und müssen. Der Arbeiter natürlich, freudig überrascht über eine Lohnerhöhung, die er nicht erwartete und sicher nie beansprucht hätte, reißt sich vergnügt die Hände, und das Publikum darf sich gratulieren. Je höher der Lohn, je theurer die Cigarette.“

Jonas Simon aus Bielefeld am Rhein.

**Leipzig, das „Tageblatt“** behauptet öffentlich, oder auch offiziell, daß unsere Vermuthung, die in Leipzig und verschiedenen andern Städten Sachens obrigkeitlich gemachten Versuche, den Chemnitzer Streikenden die Unterstützungen abzuschneiden, seien auf einen Befehl von Oben zurückzuführen, wenigstens mit Bezug auf die Leipziger Polizeidirektion jeder Begründung entbehre. Nun, wenn kein gemeinsamer Befehl vorliegt, dann bleibt uns nur die Annahme wunderbarer Sympathie, freilich, „schöne Seelen finden sich.“

Dasselbe „Tageblatt“ und außer ihm auch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ brachen mit viel Belagen einen Polizeiarrest der in Berlin erscheinenden Bismarck-Braschen „Norddeutschen“, ab, der nach einem französischen Blatt bedeutliche Enthüllungen über die Resolutionen der Londoner Internationalen Konferenz zum Vorschein gibt. Die zwei ehrenwerthen Blätter hätten sich den gewaltigen Unweq ersparen können, wenn sie die vorletzte Nummer des „Volkshaar“ gelesen hätten, wo die sämtlichen Resolutionen, wohlgeordnet — eine ganze Pandorabüchse voll — zu finden sind. Freilich, auf dem geraden Weg fehlte das „rothe Gespenst“.

### Ein ernstes Wort in erster Zeit an die Buchbindergehilfen Deutschlands.

Mit Gewisheit darf man bei der Allgemeinheit der Bewegung für Aufbesserung der Arbeitslöhne annehmen, daß vor allem der Buchbindergehilfen sich sage: auch unsere Arbeitslöhne bedürfen dringend einer gründlichen Aufbesserung. Und doch ist man nur vereinzelt mit dieser Stimme an die Öffentlichkeit getreten. Oder täusche ich mich vielleicht? Ist nicht gerade das Schmeigeln der Buchbinder über ihre schlechte soziale Lage der beste Beweis von guten Verhältnissen? Doch nein! Der Mensch müßte sein Leben lang geschlafen haben, um nicht zu wissen, daß alle Produkte seit einiger Zeit tiefer im Preis gestiegen sind; der Mensch müßte seine Sinne nicht mehr beisammen haben, welcher behaupten wollte, der Lohn der Buchbinder sei noch im Verhältnis zu den Lebensmitteln und Miethpreisen, — es lasse sich ganz gut damit auskommen.

Gut, wir wollen sehen! Nehmen wir an, daß eine Familie von 5 Köpfen Folgendes unumgänglich zu ihrem Lebensunterhalt wöchentlich gebraucht:

30 Pfd. Brod	1 Thlr. 3 Ngr.
3 Pfd. Fleisch	— 18
1 Kanne Butter	— 28
Gemüse	— 18
Kaffee	— 7
Seife, Salz, Gewürze	— 10
Del	— 5
Feuerung	— 20
Schuhwerk und Bekleidung	— 15
Miethzins	— 25
Summa:	5 Thlr. 29 Ngr.

Das ist gewiß sehr bescheiden und niedrig angesetzt, und das Mindeste, was zum Sattessen notwendig ist. Und doch haben die Buchbinder bei Weitem nicht so viel, und wir kommen also zu dem gewis keineswegs beneidenswerthen Resultat, daß die Buchbindergehilfen bei ihrem Durchschnittslohn von 17 höchstens 18 Pfennigen pro Stunde sich nicht mehr satt essen können.

„Oho! wie sehr es ja so sehr vielen Gehilfen jüngerer werden, so schimmern sie es doch nicht! — man ist das ja eben so gewohnt; die nackte Wahrheit zu sehen, — sie auszusprechen ist „unanständig“! — das wird ja im Reichstage des Reiches der Gottesfurcht und frommen Sitze elaktant bewiesen. — Mit leeren Tischen und hängendem Magen noch prahlen, gehört zum „guten, feinen Ton“, und diesen muß der Buchbindergehilfe mit zu wahren suchen.“

Wo führt aber dieses Nüchtern mehr veranlagten als einnehmen von Kräften, zuletzt hin? — Zur gänzlichen Entwertung! Zu denselben gräßlichen Zuständen, wie wir sie in England so vielfach finden, und wie man sie heuchlerischerweise nur in England für möglich erklärt.

Der Wahrheit die Ehre! Es giebt auch viele Prinzipale unseres Gewerbes in Leipzig, welche die Nothwendigkeit einer Aufbesserung der Löhne begreifen; sie sagen uns aber: „Ja, wenn eine Eingetret zu Stande zu bringen wäre, dann ginge es wohl; ich will nicht der letzte sein, doch allein kann ich der Konkurrenz wegen nichts thun.“

\*) Doch nur unter Hinzuziehung von Arbeitern, die dazu von ihren Mitarbeitern gewöhnt sind, und mit Vorbehalt des Rechts der Ablehnung!

\*) Welche Empfehlung für diese „fremden Einflüsse“! D. R.  
\*) Werkt Ihr noch nicht, wie viel Ihr den Fabrikanten geschenkt habt, dadurch daß Ihr Euch lange von dem Cigarren-Arbeiter-Verein fern gehalten? D. R.

Ich will nicht bestreiten, daß hierin etwas Nichtiges liegt. Ich mache daher folgenden Vorschlag:

Die Gehilfen irgend einer größeren Stadt, in der unser Gewerbe stark vertreten ist, veranstalten eine Versammlung, worin sie die Aufbesserung unserer Löhne mit den Prinzipalen gemeinsamlich besprechen.

In erster Reihe würde der Lohn um 25 oder 30% erhöht werden müssen. Zweitens würde anstatt der 11 und 12stündigen Arbeitszeit die zehnstündige eingeführt und Drittens die Nachbarnarbeit ebenfalls entsprechend besser zu bezahlen sein, um diese Mädchen nicht immer mehr und mehr durch den schlechten Lohn zur Prostitution zu treiben.

Hat man sich nun über alle diese Punkte geeinigt, so ist der Beschluß allen größeren Städten zuzulehnen, mit der Aufforderung, denselben beizutreten, und an einem bestimmten Tag den Beschluß durch ganz Deutschland auszuführen. Auf diese Weise würde es gelingen, den Vorwand: „Wir können wegen der Konkurrenz Fremde Bumsche nicht nachkommen“, aus dem Weg zu räumen.

Alle Gehilfen, an Euch liegt es, einmal Hailenburg für Eure Ersten einzutreten. Der Erfolg wird Eure Mühe trösten.

Alle Diesemigen haben, welche noch ein warmes Herz für die leidende Menschheit haben, sie sollen laut und freudlich erklären: „Der Arbeiter ist der Schöpfer des Kapitals, er muß die zu seinem Lebensunterhalt nötigen Substanzmittel verdienen.“ Und Hr. Männer der Wissenschaft, erfüllt Ihr Eure Pflicht, wenn Ihr ruhig zuseht, wie die Gesellschaft, wie der Staat mit seinen Institutionen immer tiefer verunreinigt? — Die Hand aus's Herz! Ihr habt bis heute es unternommen, mit den schlagendsten Beweisen, welche Ihr zur Hand habt, das jede Phrasengeschwätz, mit dem man uns abspinnen will, wie Schnee vor der Sonne verschwinden zu lassen, und „mehr Licht“ in unsere Bewegung zu bringen! (Fortsetzung folgt.)

Leipzig, den 17. November 1871. D. R.

(Man sagt uns so oft: „Die Arbeitgeber haben das Interesse der Arbeiter am Herzen, und sind gern bereit, auf alle berechtigten Forderungen derselben einzugehen, wenn sie nur „höflich und anständig“ vorgebracht werden.“ Nun, wir dachten, „höflich“ und „anständig“, als in obiger Zuschrift geschickt, können Arbeiter ihren Arbeitgebern nicht nahe, und wir dachten auch, der Beweis wäre geliefert, daß die Lage der Buchbindergehilfen eine unerträglich ist. Gegen den gemachten Vorschlag, wie durch Uebereinkommen eine Befreiung zu erzielen, dürfte sich ebenfalls schwerlich eine gegründete Einwendung machen lassen, und wir erwarten deshalb, daß die Herren Arbeitgeber, denen das Interesse der Arbeiter so sehr am Herzen liegt, mit Freuden ihre Zustimmung ertheilen werden. Ferner erwarten wir, daß das hiesige „Tageblatt“, das eine „höfliche“, „anständige“ Sprache so sehr liebt, und für die „wahren“ Interessen der Arbeiter ein so warmes Herz hat, die Zuschrift abdrucken und befürworten wird. D. R. d. B.)

### An alle Schuider Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz.

In allen Geschäftsständen regen sich die Arbeiter, um kürzere Arbeitszeit und Lohnerhöhung zu erlangen und dadurch wenigstens annähernd ein menschenwürdiges Dasein zu erlangen, nur bei uns ist mit wenigen Ausnahmen alles still. Woran liegt das? Haben wir etwa bereits einen höheren Lohn oder kürzere Arbeitszeit als dies bei anderen Geschäften der Fall ist? Keins von Beiden.

Der Lohn ist so kärglich, daß in den 5 Monaten der guten Zeit, namentlich bei den Verherratheten, derselbe nicht einmal dazu anreicht, das Allernothdürftigste wieder zu ergänzen, da Mieth-, Lebensunterhalt, Steuern u. s. w. eine nie dagewesene Höhe erreicht haben; und in der 7 Monat langen schlechten Zeit werden Schulden gemacht, wandert das irgends Entbehrliche ins Pfandhaus, und kann sehr oft nicht wieder eingelöst werden, trotzdem die Frau und sehr häufig sogar die Kinder mitrodern müssen. Fast drei Viertel unserer Kollegen hier in Berlin arbeiten für einen wahren Hundelohn für Konfektionsgeschäfte, denn sie verdienen bei 14 bis 18 stündiger täglicher Arbeitszeit, wenn das Geschäft gut geht, kaum 5 Thlr. die Woche, also nicht das Nothdürftigste zur Existenzhaltung; und in der schlechten Zeit oft keine 2 Thlr. In den hier befindlichen weitest verbreiteten Geschäften zählt man allerdings nicht, wie in den Confectionsgeschäften, 2 Sgr. bis 1 Thlr. 5 Sgr. für den Tag, sondern 3 bis 4 Thlr., aber man verlangt bei schwerer Anprobe sehr elegante Arbeit, und ist die gute Zeit dort noch kürzer als in den Pfandgeschäften, so daß die Arbeiter in diesen Geschäften materiell auch nicht viel besser stehen. — Sie haben aber in denselben den Vortheil kürzere Arbeitszeit, wozum sie sich geistig und körperlich besser befinden. In anderen Städten sind die Verhältnisse nicht besser. Soll es noch so weit kommen, daß wir wie die Verkäufer auf der Straße verhungern? Können Ihr nicht das Recht, welches Euch gesetzlich zusteht, die Koalitionsfreiheit, benutzen, um Euch wenigstens durch Vereinigung dem Kapital gegenüber über das Niveau des allmässigen Verhungerns zu heben? Gebietet es Euch in Folge der langen Arbeitszeit und der ausgehenden Entbehrungen schon an moralischer Kraft, um Euch empor zu raffen? Erwacht endlich aus Eurer Todtenschlaf!

Koal mit dem Individualismus! Rechnet Eure Interessen selbst in die Hand! Auf, Kollegen! Borträglich Ihr, bei denen das Klassenbewusstsein erwacht ist, die Ihr vielleicht nicht ganz so gedrückt seid als die große Masse unserer Verunglückten, und die Ihr ein Herz habt für Eure Brüder, beruft Eueres Versammlung an, legt unsere Verhältnisse dar, und gründet Mitgliedschaften des allgemeinen deutschen Schuider-Vereins. Derselbe Bitte richten die Unterzeichneten an ihre Parteigenossen anderer Berufszweige. Hat der Verein, welcher früher schon circa 100 Städte umfaßte, aber leider durch persönliche Zwistigkeiten bedeutend verloren hat, eine achtunggebende Mitgliedszahl erreicht, so wird derselbe ein Faktor sein, mit dem man rechnen muß; es wird dann mächtig werden, den Konfektions- und anderen Schuider mit Erfolg zu bekämpfen, und unsere materielle Lage zu verbessern. Nur durch festes Zusammenhalten Aller kann der Kapitalmacht mit Aussicht auf Erfolg entgegengetreten werden. Dies bebringt, und nun aus Werk mit aller Energie, namentlich Ihr schaffischer und selbstständiger Kollegen, die Ihr ja selber zu uns gestanden habt. Daraus aus Eurer Unthätigkeit! An Euch ist es jetzt, zu zeigen, daß bei Euch Persönlichkeiten nicht, die Sache aber Alles gilt. Bortwärts, durch Einigkeit zum Sieg!

Zur näheren Orientirung über unseren Verein diene: daß die früheren Mitglieder ohne Einspruchsrecht widerbeitreten können; ebenso können ganze Mitgliedschaften von Schuider-Vereinen ähnlicher Tendenz gegen Einwendung ihrer Abgrenzung und der statutarisch festgesetzten 4. Theil ihres Klassenvermögens sofort als vollberechtigte Mitgliedschaften auf Grund unseres Statuts aufgenommen werden. Das Einscheiden beträgt 5 Sgr., der wöchentliche Beitrag 1 Sgr. Sterbegeld wird gezahlt für Verheirathete 12 Thlr., Reisesgeld pro Meile 1 Sgr., jedoch bei größerer Entfernung als 15 Meilen von einem Ort zum anderen auch nicht mehr, und bei gerechtfertigten Arbeitsstellenstellungen nach örtlichen Verhältnissen 10—15 Sgr. pro Tag Unterstutzung. Alle hierauf bezüglichen Anfragen bitten wir frankirt an den Revisor-Comiteen A. Heilmann, Berlin, alle Jalousstraße Nr. 6 richten zu wollen.

Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um kostenfreie Aufnahme des Vorlesenden gebeten.

Berlin, 20. November 1871.  
Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Schuider-Vereins.  
A. Wendt, A. Biesel, J. Lubas, G. Radeke, A. Reimann.

**Geborn.** Im „Kreisblatt für den Vorkreis „Kant Geborn“ findet sich folgende Bekanntmachung:

Geborn, den 7. November 1871.  
An die Herren Bürgermeister des Amtes!

Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, noch mehrere öffentliche Versammlungen behufs sozial-demokratischer Agitation im Kantbezirke zu veranstalten. Ich veranlasse Sie, sobald Sie davon Kenntniss erhalten, daß eine derartige Versammlung in Ihrer Gemeinde stattfinden soll, mir sofort durch Erpressen davon Anzeige zu machen, damit ich zeitig die erforderlichen Anordnungen treffen kann. Das R. Amt.  
v. v. Meyen.  
Was für „Anordnungen“ das wohl sein mögen, welche der Herr Ausschussmeister treffen will? Diejenigen „Anordnungen“, welche das Gesetz vorschreibt, werden wohl die Herren Bürgermeister, an welche in obige Epistel gerichtet ist, aus eigener Initiative zu treffen wissen. Folglich kann es sich nur um „Anordnungen“ handeln, welche das Gesetz nicht vorschreibt, d. h. welche ungesetzlich sind.

# Politische Uebersicht.

Die Versailler Kriegsgerichte haben wieder einmal eine Anzahl Todesurtheile gefällt, 7 auf einmal gegen angebliche Mitschuldige an der Erschießung der Generale Thomas und Lecocq. Einer der Verurtheilten ist erst 16 Jahre alt, keinem von ihnen hat die Theilnahme an der That nachgewiesen werden können. Zugleich sind 9 in derselben Sache Angeklagte zu einjähriger bis lebenslänglicher Gefängnisstrafe, 1 zur Deportation verurtheilt worden.

Eine andere kriegsgerichtliche Verhandlung galt einem berühmten Gelehrten, der sich der Kommune angeschlossen hatte. Elysée Reclus, in gleicher Maß ausgezeichnet durch edlen Charakter und durch Talent, Mitglied der geographischen Gesellschaft, im wahren Sinne des Wortes ein Mann der Wissenschaft, stand am 15. d. vor dem Inquisitionsgericht der Ordnungspartei. Er war am 5. April bei einem Ausfall gefangen worden und, ausgenommen, daß seine Sympathieen der Kommune gehörten, und daß er in den Reihen der Nationalgarde gekämpft hatte, konnte ihm kein „Verbrechen“ nachgewiesen werden. Man war daher auch gnädig und verurtheilte ihn bloß zu „einfacher Deportation“, das heißt zum Tod binnen 10 Jahren!

Wo die fünf Milliarden der Kriegsschuldigung bleiben, lehrt folgende Notiz der Zeitungen:

„Rey, 16. Nov. Unsere Hauptforts bekommen nach und nach eine ganz veränderte Gestalt. An denselben wird auch seit Monaten mit einigen Tausend Arbeitern gearbeitet. Auf der Westfront des Berges wird ein ganz neues Fort, als Plantendekung des Forts Plappeville angelegt.“

Von sachkundiger Seite werden die Kosten für die Neubestückung im Elsaß allein auf 100 Millionen Thaler veranschlagt und wird behauptet, daß die Festungen in den alten Provinzen, welche dann selbstverständlich auf das Niveau der neuen gebracht werden müssen, zu ihrer Renovierung eine noch höhere Summe erfordern werden.

Man hört so vielfach von Soldaten, die im letzten Krieg spurlos verschwunden sind, und es zirkuliren darüber die wunderbarsten Gerüchte. In einem Fall, der uns jetzt vorliegt, hat das Räthsel sich auf sehr natürliche Weise gelöst. Dem „Rheinischen Kurier“ schreibt man aus Hagenberg: „Nachdem über den Verbleib des Soldaten K. von hier, welcher im 2. (pommerschen) Armeekorps den Feldzug gegen Frankreich mitgemacht, bis jetzt aber an seinen früheren Standort nicht wieder zurückgekehrt war, die verschiedenartigsten Gerüchte zirkulirten hatten, hat sich nun endlich das Dunkel, welches hierüber schwebte, auf eine gar traurige Weise aufgelöst. K. war am 28. Dec. v. J. bei der Belagerung von Paris mit noch zwei andern Soldaten auf Patrouille ausgesandt worden. Unterwegs gerieth er mit einem seiner Kameraden in einen heftigen Wortwechsel, der damit endigte, daß ihm von ersterem eine Ohrfeige appliziert wurde. Hierüber aufgebracht, versetzte K. seinem Gefährten einen Bajonnetstich, der aber so gefährlich wurde, daß der verwundete Soldat einige Tage später daran gestorben ist. K. wurde nun wegen dieses Vergehens zu einer 20jährigen Festungstrafe verurtheilt, die er in Stralsund verbüßen sollte. Als ihm aber das Urtheil bekannt wurde, verlor er seine Besinnung und hat sich sein Zustand derart verschlimmert, daß er einer Irrenanstalt überwiesen werden mußte. Von Stralsund aus gelangte vor einigen Tagen hierher ein Schriftstück, in welchem den Angehörigen dieses unglücklichen jungen Mannes dessen Schicksal mitgetheilt wurde. Auch erhielten dieselben dieser Tage dessen Kleidungsstücke, sowie einen Brief, in welchem der Vorfall vor Paris des Näheren erörtert wird.“

Dazu bemerkt die Frankfurter Zeitung: „Demnach dürfte es kaum sehr unwahrscheinlich sein, daß, wenn auch nicht alle, so doch manche der gänzlich verschollenen Soldaten zum Vorschein kommen würden, wenn die von uns befürwortete Amnestie endlich zur Ausführung gelangte. Freilich müßten wir heute Angesichts der traurigen Geschichte aus Hagenberg unsern Antrag erweitern und dringend bitten, nicht nur die Festungen und Zuchthäuser, sondern auch die deutschen Irrenanstalten nach solchen Soldaten zu durchsuchen, welche die Kriegsgerichte des vergangenen Jahres verurtheilt haben.“

Wegen ihrer vor einigen Wochen im Berliner „Demokratischen Verein“ gelegentlich der Debatte über den Begriff „Revolution“ gethanen Äußerungen sind Ludwig May, J. Voigt und Carl Pirsch unter Anklage gestellt worden auf Grund von Polizeiberichten, obwohl noch nie, so lange der „Demokratische Verein“ besteht, eine offizielle polizeiliche Ueberwachung bemerkbar geworden war. Die Regierung zieht es also vor, statt uniformirter Polizisten, — Geheimpolizisten, Mouchards (Spione) in Civilkleidung in die Versammlungen zu schicken, in dem Glauben, daß sich Mancher, wenn er den offiziellen Vertreter der Polizei nicht vor Augen hat, sich zu Äußerungen hinreißen lassen werde, die er bei offizieller Ueberwachung zurückhielte. „Ist das nicht höchst lehrreich — bemerkt der „Frankfurter Beobachter“ treffend —, daß zu derselben Zeit, wo dieses passiert, in der „Kaiserstadt an der Spree“ allgemeine Klage über die bekannten schaurigen Zustände der öffentlichen Sicherheit auf den Straßen geführt wird? Hielt nicht auch in dem alten Rom die Entwicklung des politischen Denunziantenwesens gleichen Schritt mit schredlicher Verderbnis der Sitten und der Unsicherheit von Leben und Eigentum der Bürger?“

Der Berliner „Reichstag“ wird Anfangs der nächsten Woche sein Pensum verrichtet haben. Vorher hat er sich aber noch einer unangenehmen Arbeit zu unterziehen, nemlich der Prüfung des Berichtes der Geschäftsordnungskommission in Sachen der Maßregelung Bebel's. Die Kommission hat natürlich die Unfehlbarkeit Simons anerkannt (auch der Fortschrittler Winkwitz!), allein es gibt Dinge, die sich im dunklen Klammerlein sehr leicht thun, aber vor der Öffentlichkeit sehr schwer vertreten lassen. Und der betreffende Kommissionsbeschluß gehört in diese Kategorie — kein Wunder daher, daß die Herren die Debatte darüber von Tag zu Tag verschieben.

Man schreibt uns aus Berlin, d. d. 20. Nov. „Die Interpellation wegen der Lippe'schen Hafen“ stand heute auf der Tagesordnung. Eine Interpellation ist zwar

im Reichstag nichts Neues, aber diese nahm insofern einen neuen Verlauf, als man an die Beantwortung durch Delbrück eine „Debatte“ knüpfte. Man hat in dieser Session ja schon mehrfach interpellirt, ließ sich aber ruhig abfertigen und steckte die Fische ein. Aber dem ungeschicklichen Lippe etwas am Zeuge zu fischen, das war ja so billig, daß man die Gelegenheit unmöglich durfte vorübergehen lassen. Zweidrittel des Hauses, und zwar die sämmtlichen „Liberalen“, erhoben sich bei dem Antrag für die Debatte. Ehrhardt-Nürnberg, Braun-Gera, Hausmann-Lippe hatten bereits ihrem bedrängten Herzen Luft gemacht über diese Zustände, „die zum neuen deutschen Reich gar nicht paßten“. Der frühere lippe'sche Minister v. Oheim suchte sich als persönlich Angegriffener nach besten Kräften zu wehren, da kam Bebel, um auch andere Schmerzen an den Mann zu bringen, — allgemeines Oho um Oho. Er begann damit, daß er die Beschwerden gegen die lippe'sche Regierung für begründet erachte, die Vorredner hätten recht gehabt, die Lippe'sche Wirthschaft zu verurtheilen, aber unrecht mit der Behauptung, daß dieselbe für's „Deutsche Reich“ nicht mehr passe. Wie in Lippe sei es anderwärts auch, die Zustände seien seit Gründung des neuen Deutschland nicht besser, sondern schlimmer geworden, das empfand man in Sachsen am besten. Großes Hallo. Der Präsident (der wieder gesund gewordene Simson) meint, er könne Bebel bis jetzt keinen Einhalt thun, derselbe sei bis jetzt bei der Sache. Gut. Bebel fuhr fort, man verfolge die Sozial-Demokratie, das fände er vom reaktionären Standpunkt aus in der Ordnung, aber man dürfe die Gesetze dabei nicht übertreten; so lange die Sozialdemokraten selbst auf dem Boden des Gesetzes ständen, habe man kein Recht, sie außerhalb des Gesetzes zu stellen. In Sachsen und anderwärts thue man es aber. In Sachsen werde das Vereins- und Versammlungsgesetz von der Regierung gebrochen. Jetzt kam der Präsident. Nach § 31 der Geschäftsordnung könne Bebel nur über den vorliegenden Gegenstand sprechen. Der Mann hatte Recht, kein Zweifel. So erklärte Bebel denn, über Lippe'sche Zustände zu sprechen, habe er kein Interesse, das hätten bereits Andere besorgt; da er aber nach der Geschäftsordnung sich auf sächsische und Reichszustände nicht einlassen dürfe, so verzichte er auf das Wort und werde eine bessere Gelegenheit abwarten, sich auszusprechen.

„Mäuschenstille herrschte hierauf im Hause, bis wieder ein anderer Redner im Ton der Vorhergehenden fortfuhr. „Die Deutschen haben sich wieder einmal gedregert, daß der verwünschte Sozial-Demokrat so „ansändig“ war, freiwillig zu Schweigen, als er sah, daß die Geschäftsordnung gegen ihn war.“

In Lausitz ist eine Volksversammlung, in welcher Ufert reserviren sollte, verboten worden. (Wir machen unsere sächsischen Parteigenossen wiederholt darauf aufmerksam, daß sie es nicht nöthig haben, der Behörde mitzutheilen, ob Jemand oder wer ein Referat hält. Red. d. B.)

Wegen die heutige Affordarbeit

in Fabriken ließe sich vielleicht in folgender Weise operiren: Vorausgesetzt, daß die Arbeiter in einer Fabrik einzig sind, beginnen die besten Arbeiter zu erklären, daß sie nur im Tagelohn arbeiten wollten.

In der Uebergangsperiode bis zu dem Momente, an dem auch die geringeren, also dann alle Arbeiter nur gegen Tagelohn arbeiten, darf das täglich gelieferte Quantum Arbeit nicht viel weniger betragen, als das bis dahin im Afford gelieferte ausmacht.

Darauf liefert der gute wie der geringere Arbeiter nur so viel, als er die Ausgaben für ein zeitgemäßes Leben zu decken am Lohn erhält. Alsbald können die Fabrikanten nicht anders mehr den Selbstkostenpreis ihrer Waaren kalkuliren, als nach den selbstgestellten Bedingungen der Arbeiter.

Will der Fabrikant aber mehr Arbeit gefertigt haben, so nehmen sämmtliche Arbeiter gemeinschaftlich den Afford und Lieferzeit an auf Grund ihrer Lage in Zeit und Lohn.

Wird so gearbeitet, so bildet sich ein Staat im Staate und der Fabrikant wird vortheilhafter produziren, neben dem größten Vortheil, den die Arbeiter auch haben, als bisher. Organisation und Einigkeit vermag dies. Dem Einsender dieses sind Fabriken bekannt, in denen sich die Arbeiter zu keiner Affordarbeit verstehen und in denen, wenn einmal ein Afford zu Stande kommt, keiner im Afford schneller arbeitet als der geringste Arbeiter im Tagelohn. St.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Berlin. Die durch Ueberführung des Vororts von Nürnberg nach Berlin stattzuführende Wahl der Ausschuss-Mitglieder des allgemeinen deutschen Schneidervereins ist auf Grund des § 14 unseres Statuts am 7. d. M. hier vollzogen worden. Es sind gewählt: Wendt, Vorsitzender, Biesel, dessen Stellvertreter, Lubas, Beisitzer, Lübeck, Hauptkassirer, Reimann, Geschäftsführer.

Alle Briefe sind an den Geschäftsführer des Ausschusses, alte Jakobstraße Nr. 6, alle Gelder nur an den Hauptkassirer H. Lübeck, alte Jakobstraße Nr. 12 zu senden. Alle Mitgliedschaften, welche ihre Abrechnungen nebst Geldern pro III. Quartal noch nicht abgefordert haben, werden hierdurch aufgefordert, dies unvorzüglich zu thun, denn Pünktlichkeit in Kassangelegenheiten ist die Hauptbedingung. Ebenso haben sofort die Neuwahlen für die Bevollmächtigten stattzufinden, und sind mir die Namen und Wohnungen derselben schleunigst anzuzeigen, damit dieselben im „Volkstaat“ veröffentlicht werden können. Mit Brudergruß und Handschlag: A. Reimann, alte Jakobstraße Nr. 6.

Frankfurt a. M., 21. Nov. (Tel. Dep.) Soeben wurde Wolf und Heuser mit Ketten geschlossen von Offenbach durch Frankfurt nach Darmstadt geführt.

Herborn 22. Nov. (Tel. Dep.) Parteigenosse Wilhelm Schmidt gestern verhaftet. Ursache unbekannt. (Die auf der vorhergehenden Seite abgedruckte Bekanntmachung erklärt die Maßregel. Herr von Reppen hat seine „Anordnungen“ getroffen. R. d. B.)

Erfurt, den 18. November. (Der Prozeß gegen Parteigenosse Destréich.) Die Anklage lautet auf „vorsätzliche Mißhandlung des Obergewerksmeisters Brand“. Brand behauptet, Destréich habe ihn vor die Brust und in die Seite gestossen und mit der Faust in's Gesicht geschlagen, ihn dann am rechten Arme recht dreb angefaßt und ihn gehindert, durch die Thür in den Dreisaal einzutreten. Dann habe Brand den Stock erhoben, um Destréich vor sich abzuwehren und da habe Destréich ihm denselben dann entzissen. Destréich habe nun den Brand an der Brust gefaßt, sei auf einer nahe befindlichen Treppe einige Stufen heraufgetreten und habe mit dem Stock des Brand diesen 1mal über den Kopf geschlagen. — Der Zeuge Werfführer Buch will gesehen haben, daß Destréich den Brand in den Rücken gestossen hat, hat nicht gesehen, daß Brand nach Destréich schlug, aber wie Destréich von der Treppe aus 2 mal zielend ausholte und beim drittenmal zuge schlagen habe; das Letztere will auch der Zeuge Geibgier Hamolka gesehen haben. Der Zeuge Schlosser Wölkel hat gesehen, daß Brand nach dem Destréich schlug, und zwar unmittelbar, nachdem Destréich den Brand an dem Arm gefaßt hatte. Der Zeuge Gläser hat dies ebenfalls gesehen. Der Schlosser Ebeling hat gesehen, daß, nachdem Destréich den Stock in

der Hand hatte, Brand den Destréich an der Brust faßte und Destréich dasselbe dem Brand that. Die Zeugen behaupten, um die Streitenden hätte sich ein größere Anzahl Arbeiter herangedrängt, während der Zeuge Kleemann nur 3—4 Mann gesehen haben will. — Die meisten Belastungszeugen haben von ferne gesehen und dieselben behaupten, den ziemlich großen Brand gut erkannt zu haben, obgleich sie in dem Gedränge nichts Anders gesehen haben; jedoch behaupten alle Zeugen, daß Destréich vom erhöhten Stande aus 1 mal geschlagen habe.

Der Schwerpunkt der Anklage liegt nun darin, daß Destréich den Brand habe zwingen wollen, die gesetzlich-richtig Rüdigung gegen Pellnitz zurückzunehmen, und zwar dadurch, daß er durch das Anfaßen des Brand denselben gehindert habe, in den Dreisaal zu gehen. Dem Destréich wird hierzu eine „böswillige“ Absicht beigelegt, trotzdem derselbe nur für einen Mitarbeiter hat, in dem Glauben war, daß, wenn der Brand nachgäbe und die Rüdigung gegen Pellnitz zurücknähme, die auf's Höchste gegen Brand gefügte Aufregung dadurch beschwichtigt werden könnte. Ich kenne Destréich genau, besser als ein Bruder, und weiß, daß ihn kein Hintergedanke zu diesen Handlungen getrieben hat. Nur der Gedanke, die Ruhe bei dem aufgeregten Arbeiter wieder herzustellen, bemog Destréich, den Brand zu bitten, die Rüdigung zurückzunehmen. — Der zweite Schwerpunkt der Anklage ist der, daß Destréich von erhöhtem Stande aus geschlagen habe. Destréich behauptet aber, von der umstehenden Masse auf die Treppe gedrängt worden zu sein, während ein Zeuge ausführt, — Destréich sei von selbst zwei Stufen heraufgetreten und habe dann geschlagen. Destréich sagt, er habe die umstehende Masse von sich abzuwehren wollen und habe gar nicht absichtlich geschlagen, noch weniger auf den Brand gezielt, während die Zeugen Buch und Hamolka allein eine zielende Bewegung gesehen haben wollen. 14 Zeugen waren vorgeladen, wovon dreizehn auf der Bahn arbeiten und zwar als direkte Untergebene des Brand, und wie uns gestern mitgetheilt worden, wurden einige Tage vor dem Termin sämmtliche 13 einzeln in das Bureau des Maschinenmeisters Brand beordert, woselbst sie den Vorgang, und das, was sie gesehen hatten, dem Sekretär erzählten mußten.

Man hat es den Zeugen an, daß sie sich fürchteten, etwas gesehen zu haben, wodurch sie ihre Arbeit verlieren könnten, umsomehr, da Brand bei der ganzen Verhandlung zugegen war. Zeuge Pellnitz ist der einzige von den Zeugen, der nicht auf der Bahn arbeitet, indeß war derselbe vom Schauplatz zu entfernt, um mit Genauigkeit etwas sehen und angeben zu können.

Die noch weiter von Destréich angegebenen Zeugen Bed und Hohmann, die ebenfalls aus der Arbeit entlassen worden sind, sind nicht vorgeladen worden. Auf das Zeugniß des Arztes, welcher den Brand behandelt hat, hat der Staats-Anwalt besonderes Gewicht gelegt; es ist dieses Zeugniß aber dem Angeklagten nicht mitgetheilt worden, weder vor noch in der Verhandlung. Der Staats-Anwalt beantragte 6 Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung. Der Gerichtshof erkannte auch demgemäß auf 6 Monate Gefängniß, stand indeß von der sofortigen Verhaftung ab. Besonders betonte der Staats-Anwalt, daß Destréich in agitatorischer Weise bei den Arbeitern gewirkt habe, und daß er als der „Führer“ der Eisenbahn-Arbeiter angesehen werden müsse; Destréich hätte leicht auf die Masse derart einwirken — können, daß ein größeres Unglück den Brand hätte treffen — können.“ — Es wird nun appellirt. — Was in unseren Kräften steht, wird gethan. Wird die Partei einen der bewährtesten und thätigsten Parteigenossen finden lassen? Ich glaube gewiß nicht. Nun denn, frisch an's Werk! Zeigen wir, daß die Maßregelung nur unsern Muth stärken kann, und daß wir in Stande sind, unsern Segnern die Stirn zu weisen.

Widau. Die deutsche „Einheit“ — des Strafgesetzbuches hat abermals ein Opfer gefordert. Der Redakteur des hiesigen „Tageblatt“ ist wegen „Beleidigung“ des Kaisers, enthalten in einem Zeitungsartikel, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Die Prozesse wegen Majestätsbeleidigung des Kaisers vermehren sich in Sachsen zusehends.

Nürnberg. Herr Kramer-Klein hatte bekanntlich 5 seiner Arbeiter, welche als „Aufwiegler“ galten, bei Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen. Davon sind indeß wieder von dem „Herrn“ „in Gnade“ ausgenommen worden, die anderen 2 bleiben geächtet.

Briefkasten.

Der Expedition: D. Breslau f. Schrift. 2 Thlr. erh.; U. in Laura f. Reicher f. Schrift. 9 Rgr. 5 Pf. St. Meerane f. Abonnement III. D. 32 Thlr. 14 Rgr. 6 Pf. erh. E. in Nürnberg f. Annonce 28 Rgr. erh.

der Redaktion: Kreischer: Alles, was in den redaktionellen Theil aufgenommen wird, kostet nichts.

Rheinisch-Westphälischer Weberetag \*).

Sonntag, den 26. November zu Oberfeld im Lokale des Herrn Sandmann, Hochst. Nr. 66. Tagesordnung: siehe Nr. 89 d. Bl. Die Konstituierung des Webertages erfolgt schon am 25. d. M. Abends 7 Uhr an, und bitten wir die Delegirten, frühzeitig einzutreffen. Das Komitee. J. A. Fr. Harw.

\*) Diese Annonce kam erst Mittwoch früh in unsere Hände, konnte also in die Mittwochnummer, die schon Dienstag Vormittag zur Post gegeben und Dienstag früh gedruckt werden muß, nicht aufgenommen werden.

Für Meerane.

Abonnenten des „Volkstaat“, welche die Nummern einzeln bezahlen, werden gebeten, doch möglichst die 6 Pfg. allemal zu entrichten, da der Colporteur darauf angewiesen ist, die Nummer nicht abzugeben, wenn die 6 Pfg. nicht bezahlt werden. H. Stolze.

Für Leipzig.

Verein der hiesigen Cassalcaner. Versammlung, Sonnabend den 25. Nov. Abends 8 Uhr in der Restauration des Herrn Finsterbusch, Reichstr. Vortrag des Herrn Liedtkecht über Centralisation und Föderalismus. Alle sich hierfür Interessirenden werden um ihr Erscheinen ersucht. Ernst John, Vorsitzender.

Soeben ist erschienen: Sendschreiben an die Egoisten. Mahnruf an die deutschen Spieß- und Maßbürger, von J. Josef Dietrich. Preis 2 Rgr. Sowie in 2. Auflage: Epistel an die Dummten. Von Josef Dietrich. Preis 6 Pfg. Allen Arbeitern zu empfehlen: Der Schutz des Arbeiters in der internationalen Gewerkschaft. Von A. Otto-Walker. Dritte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Preis 1 Rgr. Bei Parteen 25% Rabatt. Zu beziehen durch die Expedition des „Dresdner Volksboten“, gr. Bräberg. 11, II. und in Commission der Expedition des „Volkstaat“.

Die Filialexpeditionen welche pro 3. Quartal noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, Geld und Abrechnung bis längstens 1. Dezember einzusenden, außerdem ihr Name bekannt gegeben wird. Leipzig, 20. November 1871. Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Heyner (Redaction: Petersstr. 13.) Druck u. Verlag J. Thiele (Expedition: Petersstr. 13.)